



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 28.7.2023  
C(2023) 4989 final

## **DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 28.7.2023**

**zur Änderung des Durchführungsbeschlusses C(2020)5652 der Kommission über das  
Jahresaktionsprogramm 2020 für die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen  
Sicherheit zulasten des Gesamthaushaltsplans 2020 der Union**

# DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 28.7.2023

## **zur Änderung des Durchführungsbeschlusses C(2020)5652 der Kommission über das Jahresaktionsprogramm 2020 für die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit zulasten des Gesamthaushaltsplans 2020 der Union**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EURATOM) Nr. 237/2014 des Rates vom 13. Dezember 2013 zur Schaffung eines Instruments für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit ihrem Beschluss C(2020)5652 vom 21. August 2020 nahm die Kommission das Jahresaktionsprogramm 2020 für die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit an.
- (2) Dieser Beschluss beinhaltete auch die Finanzierung von Maßnahmen im Zusammenhang mit radioaktiven Abfällen in der Sperrzone von Tschernobyl in der Ukraine.
- (3) Am 24. Februar 2022 begann die Russische Föderation einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die Sperrzone von Tschernobyl, die an der Grenze zu Belarus liegt, war einer der Einmarschpunkte der russischen Streitkräfte und bis zum 31. März 2022 besetzt. Massive Bewegungen von Militärfahrzeugen durch die kontaminierten Gebiete und Infrastrukturschäden haben die Eigenschaften der Atommülllager verändert und das Risiko einer Grundwasserkontamination erhöht. Daher ist eine flexiblere Mittelaufteilung zwischen Dienstleistungen und Lieferungen erforderlich. Die derzeitige Situation rechtfertigt auch die indirekte Mittelverwaltung des gesamten Budgets durch eine nach dem Säulenprinzip bewertete Einrichtung, die in der Ukraine gut etabliert ist.
- (4) Der Beschluss C(2020)5652 sollte daher entsprechend geändert werden —
- (5) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Änderungen gehören nicht zu den Änderungen, die dem Ausschuss vorab zur Stellungnahme vorzulegen sind. Der gemäß Artikel 11 der Verordnung (EURATOM) Nr. 237/2014 vom 13. Dezember 2013 eingesetzte

---

<sup>1</sup> ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 77 vom 15.3.2014, S. 109.

Ausschuss für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit sollte über diesen Beschluss innerhalb eines Monats nach seiner Annahme unterrichtet werden —

BESCHLIEßT:

*Einzigster Artikel*

Anhang 2 des Durchführungsbeschlusses C(2020)5652 vom 21. August 2020 erhält die Fassung des Anhangs des vorliegenden Beschlusses.

Brüssel, den 28.7.2023

*Für die Kommission*  
*Jutta URPILAINEN*  
*Mitglied der Kommission*